



Bremens neue Wolfsberaterinnen: Annette Siegert (links) und Sonja Herrmann.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH



Das Alter verklärt oder versteinert.
MARIE VON EBNER-ESCHENBACH (1830 - 1916)

TACH AUCH Schneckno

VON LIESELOTTE SCHEEWE

Sprache ist herrlich wandelbar und kreativ. Wie neue Wörter es in den Sprachgebrauch schaffen, bleibt oft rätselhaft. Genauso unklar ist oft, wer sie als erstes benutzt hat, warum manche ein Nischendasein fristen und wieder verschwinden, manche hingegen sich durchsetzen. In Cliques, WG-Küchen und Familien entstehen neue Wörter, die nur dieser Gruppe vorbehalten sind. Wenige verbreiten sich. Und schließlich stehen sie im Duden. Ob „Schneckno“ das schaffen wird? Es sei ihm gegönnt. Denn die Musikbezeichnung, die selbstironisch langsamen Techno und House bezeichnet, ist doch sprachlich wunderschön. Das Wort hat es zu Untergrundpartys in Wiener Weinkellern oder nach Berlin geschafft, taucht in sozialen Netzwerken und Streaming-Diensten auf. Hoffentlich erreicht es auch den ultimativen Sprach-Olymp und steht bald im Duden.

In Bremen ist es gefährlich

Platz zehn in der Kriminalstatistik

VON MAX SEIDENFADEN

Bremen. Bremen liegt auf Rang zehn der Städte mit der höchsten Kriminalitätsrate in Deutschland. Das geht aus der polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2017 hervor, die die „Welt am Sonntag“ vorab veröffentlichte. Demnach liegt die Quote der Straftaten in Bremen bei 12 081 Straftaten pro 100 000 Einwohner. Grundlage des Rankings ist die Auswertung für die 39 deutschen Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern. Bremen ist nicht die einzige gefährlichste Stadt im Norden. Hannover ist sogar zweitgefährlichste Stadt in Deutschland mit 14 616 Straftaten pro 100 000 Einwohner. Hamburg (12 389 Straftaten) liegt ebenfalls vor Bremen auf Platz acht. Die gefährlichste Stadt ist Frankfurt am Main (14 864).

Auffällig: Mit Halle (Platz sechs), Leipzig (Platz fünf), Dresden (Platz vier) und Berlin (Platz drei) befinden sich gleich vier Städte im Osten Deutschlands unter den Top Ten.

Das Ranking zeigt damit ein deutliches Gefälle. Der Süden und Westen sind laut Statistik sicherer als der Norden und Osten. In Süddeutschland gibt es mit Freiburg nur eine Großstadt, die unter den gefährlichsten zehn ist. Allerdings: Alleine in Nordrhein-Westfalen befinden sich 15 der 39 Großstädte. Interessant ist der Vergleich zwischen Bremen und München. In der laut Statistik sichersten Großstadt Deutschlands wurden mit 6627 Straftaten pro 100 000 Bewohner fast 50 Prozent weniger Delikte registriert als in Bremen. Positiv für Bremen ist der prozentuale Rückgang der Straftaten. Sie sanken im Vergleich zum Jahr 2016 um 12,9 Prozent. Nur in München (15,4 Prozent) und Karlsruhe (13,1 Prozent) gab es einen stärkeren Rückgang.

In Deutschland ist die Zahl der Straftaten insgesamt rückläufig. 2017 wurden mit 5,76 Millionen Straftaten fast zehn Prozent weniger Verbrechen verzeichnet als noch 2016. Eine Zahl, die sich auch bei den Großstädten widerspiegelt. In 38 der 39 Städte ist die Zahl der Straftaten rückläufig, nur in Dresden wurde ein Zuwachs von 33,7 Prozent verzeichnet. Dieser ist mit der Insolvenz der Infinus AG zu erklären, in deren Verlauf der gewerbsmäßige Bandenbetrug bei 40 000 Anlegern ans Licht kam. Da die Firma in Dresden ihren Sitz hat, wurden der Stadt laut „Welt am Sonntag“ 23 626 Fälle statistisch angerechnet.

Einbrecher hinterlassen Adresse

Bremen. Leichtes Spiel für die Polizei bei der Jagd nach einem Einbrecherduo: Die beiden flüchteten nach einem Einbruch in einen Tabakladen in der Oslebshäuser Landstraße mit einem Auto, an dem gestohlene Kennzeichen waren, und setzten ihre Flucht nach einem Unfall zu Fuß fort – lieben aber blöderweise eine Bankkarte in dem Auto zurück. An der Wohnanschrift des EC-Karten-Besitzers nahmen Polizisten kurze Zeit später beide Einbrecher vorläufig fest. Die Beute aus dem Tabakladen hatten sie noch dabei. Die 25 und 27 Jahre alten Männer standen laut Polizei unter Alkohol- und vermutlich Drogeneinfluss. HPP

Wo ist eigentlich der Wolf geblieben?

Nach der Sichtung im vergangenen Jahr hat sich Bremen auf den Fall der Fälle vorbereitet

VON KRISTIN HERMANN

Bremen. Es ist der 28. Januar 2017: Mehrere Anwohner beobachten, wie ein vermeintlicher Wolf das Gewerbegebiet Haferwende in Richtung Lilienthal verlässt. Das nächste Mal wird das Wildtier in den Wiesen hinter dem Lehester Deich gesehen. Es wird nicht das letzte Mal an diesem Tag bleiben, dass der Wolf auf Menschen trifft. Einem Jäger gelingt sogar ein Foto – quasi das Beweisstück, dass das Tier tatsächlich dort war. Es ist der Tag, an dem die Geschichte von Bremen und dem Wolf beginnt.

Mehr als ein Jahr später stehen an dieser Stelle Annette Siegert und Sonja Herrmann. Die beiden Frauen sind Bremens neue Wolfsberaterinnen. Seit den Vorfällen im vergangenen Jahr hat sich einiges getan. Die ehrenamtlichen Positionen von Siegert und Herrmann gehören dazu. Sie sollen vor allem die Beratung von Landwirten übernehmen und im Fall der Fälle zur Stelle sein, wenn ein Wolf tatsächlich einmal ein Nutztier der Bauern reißen sollte.

Seit einiger Zeit ist es allerdings ruhiger um das Raubtier und Bremen geworden. Doch das liegt nicht etwa daran, dass keine Wölfe mehr den Weg in die Stadt finden. Anders als 2017 ist es in diesem Jahr bisher bloß noch niemandem gelungen, ein Foto davon zu machen. Die Wolfsberaterinnen und die Umweltbehörde stuften zwei Sichtungen in diesem Jahr jedoch trotzdem als wahrscheinlich ein, bei zwei weiteren Meldungen habe es sich voraussichtlich um einen Hund gehandelt. Dokumentiert hat das die Landesjägerschaft Bremen. Vizepräsident Marcus Henke hat alles auf der Internetseite der Landesjägerschaft festgehalten. Zwar übernimmt Henke keine offizielle Funktion im Zusammenhang mit dem Wolf, doch der Jäger hatte sich bereits im vergangenen Jahr häufig hervorgetan, weil er oft schneller als die Behörden von möglichen

Sichtungen erfahren hatte. Eine davon soll es demnach Ende Januar an der Grenze zwischen Borgfeld und Lilienthal gegeben haben, eine andere am Neujahrstag in unmittelbarer Nähe zu einem Hotel in der Schleife der Autobahnabfahrt Sebaldsbrück der A 27. Bei beiden Vorfällen handelt sich allerdings bisher nur um sogenannte C3-Nachweise, also reine Beobachtungen. „Für unsere Arbeit ist es deshalb sehr wichtig, dass die Leute versuchen, ein Foto von dem Wolf zu machen“, sagt Sonja Herrmann. Die Beraterinnen appellieren, jede Sichtung oder Spur umgehend bei der Behörde oder bei ihnen zu melden. Bei einer drohenden Gefahr durch das Tier sei allerdings die Polizei der bessere Ansprechpartner.

Herrmann ist Tierärztin und war bis zur Schließung in einem Bremer Schlachthof im Veterinärdienst beschäftigt. Als Spezialistin für Großtiere ist sie im Umgang mit Nutztieren erfahren. Sie selbst wohnt in Cuxhaven – dort, wo der Wolf schon lange angekommen ist und unter Landwirten zum Teil für Ärger sorgt. In Niedersachsen gibt es derzeit etwa 150 Wölfe und 15 Wolfsrudel.

„Mich hat das Thema seitdem nicht mehr losgelassen“, sagt Herrmann. Deshalb habe sie sich auch bei der Umweltbehörde gemeldet.

Bei Annette Siegert lief es etwas anders. Sie ist Mitarbeiterin beim Naturschutzbund Bremen (Nabu) und dort in der Umweltbildung und als Wolfsbotschafterin tätig. Sie beschäftigt sich bereits seit mehreren Jahren mit dem Thema und führt unter anderem Projekte mit Schulklassen durch. Die Behörde hat sie deshalb direkt angesprochen. „Mir geht es vor allem darum, dass man über das Tier aufklärt. Man sollte es nicht skandalisieren, aber muss auch über mögliche Gefahren aufklären“, sagt sie. „Wir müssen den Wolf schlicht und ergreifend als das sehen, was er ist: Ein Wildtier. Nicht mehr und nicht weniger“

Beide haben ihr Wissen über den Wolf in Fortbildungen vertieft, unter anderem im Wolfcenter Dörverden und bei Wolfsberatern in der Region. Dass sich in der nächsten Zeit ein Wolfsrudel in Bremen ansiedelt, halten die Expertinnen für unwahrscheinlich. Jedoch sollten sich die Bremer daran

gewöhnen, dass vor allem Jungtiere auf ihrer Wanderschaft die Stadt immer mal wieder kreuzen werden. Weil sich ein eigenes Wolfskonzept nicht lohnt, arbeitet Bremen in Sachen Wolf verstärkt mit Niedersachsen zusammen. Diese Kooperation wolle man in den kommenden Monaten noch verstärken, kündigt Heinrich Klugkist an, der beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr mit dem Thema betraut ist.

Unter anderem sollen Bremen und Bremerhaven noch dieses Frühjahr in das Wolfsmonitoring von Niedersachsen integriert werden. Dort lässt sich für den Bürger genau nachvollziehen, wann welcher Wolf wo gewesen ist und ob er in dem Gebiet bereits andere Tiere angegriffen hat. Diese Informationen könnten gerade für Landwirte von Interesse sein. Bremen befindet sich laut Umweltbehörde derzeit in der Abstimmung eines Entwurfes, wie landwirtschaftliche Schäden durch den Wolf in Zukunft geregelt werden sollen. „In den meisten Fällen gibt es Billigkeitsleistungen, wenn ein gewisser Grundschutz vorhanden ist“, sagt Klugkist.

Einen wolfsicheren Zaun will Bremen voraussichtlich nicht zur Regel machen. Inwiefern man Ausnahmen von der Zaunbestimmung machen könne, etwa weil das Gebiet drum herum einen Schutz nur schwer zulässt, sei momentan noch nicht abschließend geklärt. Über die verschiedenen Präventionsmaßnahmen sollen dann auch die Wolfsberaterinnen informieren.

Meldungen von Wolfsichtungen und Spuren können der Umweltbehörde unter natur-schutz@umwelt.bremen.de oder unter der Telefonnummer 04 21/36 177 900 mitgeteilt werden. Die Bremer Wolfsberaterinnen sind unter der Rufnummer 01 76/42 36 18 15 zu erreichen. Weitere Informationen und Verhaltenstipps gibt es im Internet unter www.bauumwelt.bremen.de >Umwelt>Natur>Wolf.

FOTO: BERND OTTE



Mit diesem Wolf am Rande von Borgfeld hat in Bremen alles angefangen. Der Jäger Bernd Otte hatte das Tier Ende Januar 2017 fotografiert.

Knatsch bei Grünen dauert an

Landesvorstand rechtfertigt Weichenstellung für Wahl 2019

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Bei den Grünen schlagen die jüngsten Personalentscheidungen weiter Wellen. Der Landesvorstand sah sich am Wochenende veranlasst, auf Kritik aus der Partei zu reagieren. Wie berichtet, hatten der Schwachhauser Beiratspolitiker Dietrich Heck und der Bürgerschaftsabgeordnete Matthias Güldner ihrer Verärgerung über die geplante Aufstellung für die Wahl 2019 Luft gemacht. Auslöser war die Empfehlung des Landesvorstands an die Parteibasis, Finanzsenatorin Karoline Linnert erneut zur Spitzenkandidatin zu machen und die Plätze zwei und drei auf der Landesliste für die Abgeordnete Maike Schaefer und Sozialsenatorin Anja Stahmann vorzusehen. Die drei ersten Listenplätze ausschließlich mit Frauen zu besetzen, sei „satzungskonform und keine Männerdiskriminierung“, hieß es am

Wochenende in der Erklärung des Landesvorstandes. „Eine Positionierung in dieser Frage war unsere Aufgabe. Wir haben Respekt dafür, wenn jemand unsere Entscheidung für falsch hält“, gestand Vorstandssprecherin Alexandra Werwath den Kritikern zu.

Matthias Güldner hat unterdessen auf seiner privaten Website nachgelegt. Er rügt den Landesvorstand dafür, die Spitzenpositionen auf der Grünen-Liste faktisch vergeben zu haben, „ohne dafür ein Mandat zu haben“. Das Gleiche gelte für Anwartschaften auf Senatorinnenposten nach der Bürgerschaftswahl 2019. Aus Protest will sich Güldner, der die Bildungspolitik seiner Bürger-schaftsfraktion verantwortet, bis auf Weiteres nicht mehr an der programmatischen Arbeit der Partei beteiligen. „Alles andere muss ich noch einen Moment auf mich wirken lassen“, so Güldner.

Flüchtlingskosten sinken

60 Millionen Euro für unbegleitete minderjährige Ausländer

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Die Stadtgemeinde Bremen wird im laufenden Jahr gut 60 Millionen Euro für die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Ausländer (sogenannte umA) ausgeben, 2019 soll dieser Betrag auf rund 45 Millionen Euro schrumpfen. Diese Planzahlen finden sich im Entwurf einer Senatsantwort auf eine entsprechende Anfrage der CDU-Bürgerschaftsfraktion. Das Thema wird die Landesregierung am Dienstag beschäftigen.

Für die beiden zurückliegenden Haushaltsjahre liegen inzwischen Abrechnungen vor. Danach hat Bremen 2016 für die 2078 Betreuungsfälle jeweils durchschnittlich 38 912 Euro ausgegeben. 2017 waren es im Schnitt 36 124 Euro, verteilt auf 1726 Fälle. Nach Darstellung des Senats lag Bremen mit seinen Pro-Kopf-Kosten deutlich unter dem Schnitt der Kommunen, die an einem statis-

tischen Vergleich der Großstadtjugendämter teilnehmen. „Wie auch in Köln mit ebenfalls unterdurchschnittlichen Fallkosten macht sich hier der hohe Bestand an sogenannten Altfällen, die aufgrund der bereits durchgeführten Maßnahmen inzwischen einen geringeren pädagogischen Bedarf haben, bemerkbar“, heißt es zur Begründung in der Senatsvorlage. Gleichwohl ist die Betreuung der minderjährigen Flüchtlinge nach wie vor ein erheblicher Kostenfaktor. Aktuell beläuft sich der Gesamthaushalt von Land und Stadtgemeinde Bremen – also ohne den Bremerhavener Etat – auf etwa fünf Milliarden Euro.

Für das laufende Jahr rechnet die Landesregierung mit etwa 300 Neuzugängen für das gesamte Bundesland. Davon kommen nach dem üblichen Verteilungsschlüssel 80 Prozent auf Bremen und 20 Prozent auf die Seestadt zu.